

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede

**des Präsidenten Udo Dolezych
anlässlich des Jahresempfangs der
Industrie- und Handelskammer zu Dortmund
am 5. Dezember 2011**

Herzlich willkommen in der Industrie- und
Handelskammer,
meine sehr verehrten Damen und Herren!
Ich wünsche Ihnen allen einen guten Abend!

Wie immer möchte ich stellvertretend für alle Gäste ganz
besonders die ersten Bürger aus unserer Region
begrüßen:

Herrn Oberbürgermeister Ullrich Sierau
und

aus dem Kreis Unna Herrn Landrat Michael Makiolla
sowie die Bürgermeister aus den Städten unserer IHK-
Region.

Ein ebenso herzliches Willkommen gilt dem
Staatssekretär des Ministeriums für Wirtschaft, Energie,
Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-
Westfalen Herrn Dr. Günther Horzetzky,

dem Regierungsvizepräsidenten Herrn Volker Milk,

dem Präsidenten der SIHK Hagen, Herrn Harald
Rutenbeck sowie

dem Präsidenten der Handwerkskammer Dortmund,
Herrn Otto Kentzler

und natürlich den Damen und Herren Abgeordneten des
Bundestages und des Landtages.

Meine Damen und Herren,

ich freue mich, dass ich nach diesem überaus bewegten
Jahr hier in lauter freundlich- entspannte Gesichter sehe.

Nach dem stürmischen Herbst, in dem Schirme

Hochkonjunktur hatten und plötzlich Milliarden wert

waren – und Rettungsschirm wahrscheinlich das Wort

des Jahres wird – da hätte man ja durchaus

Schlechtwetter -Mienen erwarten können.

Aber ich wusste natürlich, dass ich hier nicht auf Krisenstimmung treffe. Das erste Signal gab es schon Ende September. Da fiel unter den täglich drohender werdenden Krisen-Schlagzeilen eine Nachricht völlig aus dem Rahmen:

Deutschland im Glück - die Deutschen sind so glücklich wie seit 10 Jahren nicht mehr.

Stand in der Zeitung. Ja, hoppla, was ist das denn? Hatte ganz Deutschland die letzten Nachrichten verschlafen? Das musste man erst zweimal lesen, um es zu glauben. Aber es waren die durchaus seriösen Erhebungs-Daten für den deutschen Glücksatlas vom Institut für Demoskopie Allensbach. Und danach waren die Deutschen im vergangenen Jahrzehnt noch nie so glücklich und zufrieden wie heute.

Man kennt ja die Leute nicht, die befragt worden waren, aber man ahnt zumindest, wer wohl nicht zu den befragten Glücklichen gehört hat:

Wahrscheinlich niemand, der südeuropäische Staatsanleihen besaß – und wahrscheinlich auch keine FDP-Anhänger. Tippe ich mal. Ich hoffe, unter Ihnen sind mir hier jetzt nicht 1,8 bis 4 Prozent böse.

Eines hat der verblüffende Glücksrausch auf jeden Fall klar gemacht: Die Nachrichten-beherrschenden Krisen und die Lebens- Realität der Menschen – das sind zwei Welten!

Für das individuelle Glücksgefühl ist sie offenbar nicht relevant, diese Krise, die alles andere in den Hintergrund gedrängt hat. Man kann ja kaum glauben, was alles 2011 geschah: Fukushima, arabischer Frühling, das Ende Bin Ladens, der Atomausstieg, Stuttgart 21, die Abschaffung der Wehrpflicht, Gaddafi's Ende, Piraten an Bord in Berlin und jede Menge Skandale von Guttenberg bis Strauß-Kahn. Aber wenn wir die Schlagzeilen zählen würden, dann wäre sie ganz klar der Spitzenreiter, diese Krise mit den vielen wechselnden Namen: Euro-Krise, Schulden-Krise, Vertrauens-Krise, Banken-Krise, Finanzkrise.

Bezeichnenderweise hat sie ja niemand „Wirtschaftskrise“ genannt. Für die Wirtschaft bei uns in Deutschland war sie bisher – ich sage ausdrücklich: bisher – auch nicht relevant. Sonst wäre die Glücksumfrage vielleicht anders ausgefallen. Diese Krise war und ist keine Wirtschafts-Krise! Aber natürlich hat sie Auswirkungen auf die Wirtschaft.

Wir wissen heute, dass das Schuldenmachen der Staaten und das Schuldenfinanzieren durch die Banken eine verhängnisvolle Allianz ist. Wir wissen auch, dass Teile der globalen Finanzwelt dieses System gegenseitiger Abhängigkeiten zu hochgefährlichen Spekulationen nutzen und dass sie sich völlig abgekoppelt haben vom Leben der Menschen und vom Agieren der realen Wirtschaft .

Aber die Wirtschaft, meine Damen und Herren, das sind wir, die Unternehmen und die Unternehmer. Wir, die wir reale Produkte produzieren und reale Dienstleistungen anbieten. Wir, die wir reale Umsätze generieren und reale Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, und zwar immer mehr. Wir spekulieren nicht, wir wetten auch nicht

auf Zusammenbrüche und - wir machen auch keine Schulden auf Deuwel komm raus.

Wir, die mittelständischen Unternehmer und die verantwortungsvollen Manager, wir haben etwas ganz anderes gemacht: Wir haben nach der weltweiten Finanz-Krise 2008 für den Aufschwung XXL gesorgt! Für einen Aufschwung, der wie ein Phönix aus der Asche der Krise aufstieg und mit dem keiner gerechnet hatte.

Und, meine Damen und Herren, wir werden auch dieser europäischen Fortsetzung der Krise unternehmerisch die Stirn bieten:

Wir werden mit unserer realen Wirtschaftsleistung 2011 fast wieder das Rekordniveau von 2008 erreichen! Und wir werden weiter zu den rückläufigen Arbeitslosenzahlen beitragen.

Das haben Sie, meine Damen und Herren, in unserer Umfrage bestätigt. Wir haben natürlich wieder ganz aktuell mit Hilfe von Dirk Daniels vom Start-Institut nachgefragt und 600 Unternehmerinnen und Unternehmer haben sich beteiligt. Unsere erste Frage

lautete: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage Ihres Unternehmens?

Ehe ich Ihnen das Ergebnis zeige, möchte ich mal einen Tipp hören. Wer glaubt, dass mehr als 80 Prozent mit gut und befriedigend geantwortet haben?

Wer glaubt, dass mehr als 90 Prozent mit gut und befriedigend geantwortet haben?

Die Mutigen, die jetzt aufzeigen, haben Recht!

90,4 Prozent sind zufrieden und mehr als zufrieden. Das ist sogar ein wenig mehr noch als im letzten Jahr. Da waren es 89,6 Prozent. So sieht die reale Wirtschaft aus, meine Damen und Herren!

In ihrem Herbstgutachten haben die führenden Wirtschaftsinstitute vorausgesagt, dass unser Phönix nicht mehr so hoch fliegen wird wie in den letzten Jahren. Aber das war uns auch ohne die Wirtschaftsgurus klar. Schließlich sind wir Realisten. Immerhin sagen die Institute weiterhin ein Plus voraus von knapp einem Prozent. Sie sehen keine drohende Rezession!

Wir auch nicht! Denn nach den Zukunftsprognosen haben wir Sie natürlich ebenfalls befragt:

Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Entwicklung Ihres Unternehmens in der ersten Hälfte 2012 ein?

Und das ist das Ergebnis.

86,2 Prozent glauben, dass sie gleich gut bleibt oder sich sogar verbessert. Und ich möchte darauf hinweisen, dass mehr Befragte an eine Verbesserung glauben als an eine Verschlechterung! Nämlich 19,3 zu 13,8 %.

Wichtige Indikatoren sind in dem Zusammenhang natürlich auch die Beschäftigung und die Investitionen.

Auch danach haben wir gefragt. Zunächst zur Beschäftigung:

Wie schätzen Sie die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen Ihres Unternehmen in der ersten Jahreshälfte 2012 ein?

Fast 80 Prozent werden alle Arbeitsplätze erhalten und fast 13 Prozent sogar Mitarbeiter einstellen. Das sind

auch wiederum mehr als die 9 Prozent, die einen Rückgang erwarten. Nun zur Investition.

Wie wird sich die Investitionstätigkeit Ihres Unternehmens am hiesigen Standort entwickeln?

Zwei Drittel investieren in gleicher Weise weiter, 17 Prozent sogar mehr und wieder sind es weniger, die mit einem Rückgang rechnen.

Ich hatte positive Ergebnisse erwartet, denn man kennt ja die Stimmung, aber in diesem Maße haben sie mich doch sehr angenehm überrascht.

Diesen Mut und diesen Optimismus müssen wir uns erhalten, meine Damen und Herren. Denn kein Mensch weiß, ob die Entscheidungen des Gipfel-Marathons der letzten Wochen das Ruder nachhaltig herumreißen können. Diese Krise ist ja völliges Neuland. Was die Kanzlerin mit ihrem europäischen Management bisher erreicht hat, ist Beruhigung und Zeitgewinn. Die konkreten Problemlösungen müssen noch kommen.

Wir wissen nicht, ob sich Deutschland am Ende nicht doch übernimmt mit dem milliardenschweren Rettungsschirm. Wir wissen nicht, ob ein für die Wirtschaft verheerendes Banken-Domino tatsächlich verhindert ist. 2009 hatte die Kanzlerin gesagt: Keine Bank darf so groß werden, dass sie Regierungen erpressen kann! Sie hätte vielleicht noch dazu sagen sollen: Und kein Staat darf sich so überschulden, dass er erpressbar wird!

Aber trotz der Versprechungen ist eine der wichtigsten Regeln der Sozialen Marktwirtschaft damals eben nicht durchgesetzt worden:

Wer Risiken eingeht, der muss auch dafür haften.

Das gilt natürlich auch für die Großbanken. Es kann nicht sein, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Christine Lagarde, die eloquente Chefin des Internationalen Währungsfonds, hat das leicht süffisant kommentiert. Sie sagte:

Im Kommunismus werden die Banken verstaatlicht und gehen pleite. Im Kapitalismus gehen die Banken pleite und werden verstaatlicht.

Sie hat ja so erschreckend Recht! Wenn in einer freien Marktwirtschaft Banken vom Staat gerettet werden müssen, damit sie in der Folge nicht das ganze System mitreißen, dann ist doch etwas gravierend schief gelaufen!

Unsere Mittelstandsbanken, die heute auch hier vertreten sind, wissen es natürlich, aber ich möchte es trotzdem noch einmal deutlich sagen: Natürlich sind nicht alle Finanz-Akrobaten. Es geht um rund 40 bis 50 global agierende Großbanken, und darunter sind sogar Staatsbanken. Die große Mehrheit kam und kommt ihrer eigentlichen Verantwortung als Kreditgeber der Unternehmen nach. Das wissen auch die Bankkunden.

Und letztendlich ist diese Krise ja nicht in erster Linie eine Bankenkrise. Im Gegensatz zur Henne und dem Ei wissen wir, wer hier zuerst da war: ganz klar die Staatsschulden. Wer über seine Verhältnisse lebt, muss irgendwann bezahlen. Für das griechische Volk sind das jetzt sehr harte Einschnitte und man kann nur wünschen, dass sich die griechische Wirtschaft bald wieder erholt. Aber: Griechenland hätte gar nicht erst

hineingehört in die Eurozone! Da hat man angesichts der gemogelten Zahlen beide Augen zugedrückt, um das Geburtsland der Demokratie nicht außen vor zu lassen.

Allerdings müssen wir uns auch davor hüten, uns selbst allzu sicher zu fühlen. Nicht nur die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt! Nicht nur Südeuropa hat zuviel Siesta gemacht. Wussten Sie, dass allein die Verschuldung von Nordrhein-Westfalen am Kapitalmarkt die von Portugal und Griechenland übersteigt? Und dass Berlins Verschuldung höher ist als die der Slowakei? Und auch auf unsere eingeplanten zusätzlichen Staatsschulden von 26 Mrd. für den neuen Bundeshaushalt wird ja jetzt mit Recht kritisch geguckt. Da wird man dann schon sehr nachdenklich und fasst sich an die eigene Nase.

Und viele fragen sich inzwischen auch, ob Europa mit den bisherigen Konzepten auf dem richtigen Weg ist. Nun hat ja am Wochenende das Plädoyer von Altkanzler Helmut Schmidt für sein starkes Europa viel Aufmerksamkeit gefunden. Seine positive Meinung zu einer Transfer-Union dürfte allerdings in der Wirtschaft

auf einiges Unverständnis stoßen. Auch ich teile da eher die Bedenken von Prof. Wolfram Richter vom Lehrstuhl für öffentliche Finanzen an der TU Dortmund, der die Gefahr deutlich benannt hat, die darin liegt. Er sagt: *Staatengemeinschaften, die bei jedem Schock solidarisches Handeln vorsehen, erleichtern die Vertagung von Problemlösungen und ersetzen nationale Eigenverantwortung durch kollektive Verantwortungslosigkeit.*

Und das ist ganz gewiss nicht der Kern des europäischen Gedankens. Natürlich wollen und brauchen wir alle, gerade wir Unternehmer, die Eurozone und den europäischen Binnenmarkt. Aber doch als freiheitlichen Staatenbund, in dem jeder motiviert bleibt, seine eigenen Probleme zu lösen - und nicht als fiskalischen Bundesstaat, in dem zentral umverteilt wird und Schulden vergemeinschaftet werden. Egal, ob durch Eurobonds oder anders. Wer soll denn die zentrale Wirtschaftsregierung an der Spitze Europas stellen? Die gleichen politischen Bürokraten, die uns jetzt mit ihren Vorschriften für Glühbirnen und Bananen ärgern?

Das kann ja wohl nicht sein. Bei allem Respekt gegenüber Helmut Schmidt: Die Länder Europas müssen die Chance behalten, Ihre Probleme zuerst selbst beherzt anzugehen, ehe sie nach Hilfe rufen. Alles andere ist in meinen Augen eine Bevormundung.

Aber, meine Damen und Herren, die Schuldenkrise ist ja nicht die einzige Herausforderung, die zu meistern ist. Es stehen mindestens noch zwei große Themen an, die meiner Ansicht nach bisher völlig unterschätzt werden, und die gerade für die Wirtschaft unserer Region eine Riesen-Rolle spielen: Das ist der wachsende Mangel an Fachkräften und das sind die Folgen der Energiewende, vor allem die finanziellen Folgen. Dieser nicht zu Ende gedachte Atom-Ausstieg wird uns alle, die Wirtschaft und die Haushalte, Milliarden kosten. Der Bund der Energieverbraucher schätzt allein an Mehrbelastung für Haushalte und kleine Betriebe eine Milliarde jährlich!

Politisch wird das gerne im Hintergrund gehalten, obwohl es gerade unser Energie- und Industrieland NRW empfindlich trifft.

Ohne die Kernkraftkapazitäten brauchen wir modernere Kraftwerke, und wir brauchen bundesweit neue Kraftwerke – etwa 15 bis 20 neue Gas- und Kohlekraftwerke. Es ist absolut unverzichtbar für die Wirtschaft, **Planungssicherheit in Sachen Kraftwerks- und Leitungsbau** zu bekommen.

Das Tempo der Energiewende hängt vor allem von einem Faktor ab, und das sind die Übertragungs- und Verteilnetze, die ausgebaut werden müssen. Und zwar dringend. Ich habe nicht den Eindruck, als würde die Politik diesem Thema die nötige Priorität widmen.

Die dritte große Herausforderung ist das Thema fehlender Fachkräfte und das - vor allem in unserer Region - bei gleichzeitig nachwachsendem Sockel von Langzeitarbeitslosen! Das ist eine wirklich fatale Kombination. Uns fehlen in den nächsten 15 Jahren allein in NRW 1,3 Millionen Arbeitskräfte. Kinder, die heute noch nicht geboren sind, die können in 10 bis 15 Jahren auch keinen Arbeitsplatz besetzen. Dafür braucht man keinen Hellseher, das ist Demografie. In mehreren

Branchen zeichnet sich der Fachkräftemangel bereits ab.

Seit einigen Wochen sieht es so aus, als würden zumindest für den hochqualifizierten Bereich gänzlich unerwartete Bewerber in den Startlöchern stehen:

Das deutsche Management der europäischen Krise hatte ja einen verblüffenden Nebeneffekt: Es war eine gigantische PR-Kampagne für den Wirtschafts-Standort Deutschland. Plötzlich sind wir attraktiv geworden für junge, arbeitslose Akademiker aus Südeuropa – und davon gibt's reichlich. 40 Prozent in Spanien, 30 Prozent in Italien. Die Deutschkurse des Goethe-Institutes sind plötzlich ein Renner in den Krisenländern Europas, vor allem in Spanien.

Viele dieser qualifizierten jungen Leute werden in nächster Zeit kommen. Wir sollten sie mit offenen Armen empfangen. – Nur hoffentlich treffen wir sie nicht als Taxi-Fahrer wieder! Bisher werden die Abschlüsse aus den Heimatländern vieler Migranten ja nicht anerkannt.

Zum Glück ist ein neues Anerkennungsgesetz für Zuwanderer ja nun endlich verabschiedet worden.

Diese ganz neue europäische Zuwanderung, die sich jetzt ankündigt, die wird uns sicher gut tun, aber sie wird unser Fachkräfte-Problem nicht lösen. Das wäre ein fataler Trugschluss.

Wenn unsere Wirtschaft weiter wachsen soll, brauchen wir alle Menschen. Vor allem unsere eigenen! Wir können nicht Menschen aus dem Ausland herbeirufen, ohne alles daran zu setzen, dass unsere eigenen Leute in Arbeit kommen! Unsere jungen Menschen gehen jetzt – berechtigt – für bessere Bildungsbedingungen auf die Straße. Wir wollen aber doch wohl keine Krawalle wie in den Vorstädten von Paris und London!

Wir Unternehmer, meine Damen und Herren, wir sind jetzt auch gefordert: Wir müssen junge Menschen noch besser bilden und ausbilden, ältere Menschen verstärkt weiterbilden und beschäftigen, den Frauen mehr Möglichkeiten schaffen, Familie und Beruf zu

vereinbaren und vor allem – willige Arbeitslose qualifizieren und in Arbeit bringen.

Das ist das allerwichtigste für unsere Region: Diese Quote muss weiter runter! Wir sehen ja um uns herum in Europa, welche sozialen Unruhen entstehen, wenn man das Problem der Arbeitslosigkeit schleifen lässt.

Und da reichen mir auch keine Appelle. Diesen Stier, den packen wir, die IHK, jetzt bei den Hörnern.

Im gesamten IHK-Bezirk gibt es seit November 2010 rund 3000 arbeitslose Menschen weniger, minus 4,6 Prozent! Diesen erfreulichen Trend werden wir mit unserer Aktion Nr. 1 verstärken: Um die passenden Arbeitssuchenden, auch die Langzeitarbeitslosen, und die passenden offenen Stellen besser zueinander zu bringen – denn das ist ja eines der großen Probleme – starten wir ab Januar eine Medien-Offensive bei Radio 91,2, jeden Mittwoch ab 17 Uhr, und bald auch bei Antenne Unna und Hamm: die IHK gemeinsam mit dem Jobcenter und der Arbeitsagentur. Mit den Medien erreichen wir einfach viel mehr Menschen. Ich bin sicher,

dass dieser Weg erfolgreich ist, und dass wir im nächsten Jahr zu weiter verbesserten Ergebnissen beitragen können.

Unsere Aktion Nr. 2 befasst sich speziell mit dem allergrößten Problem: den Langzeitarbeitslosen und dem Thema Einfacharbeitsplätze. Dortmund steht mit der Langzeitarbeitslosigkeit weiterhin in NRW unrühmlich fast an der Spitze, direkt hinter Gelsenkirchen. Und diese bedauerliche Spitzenposition die schadet unserem Wirtschaftsstandort enorm.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sogar noch zugenommen: um fast 1 Prozent. Woran liegt das? Es scheint so, dass wir eine wichtige Ursache erkannt haben: An vielen dieser Menschen gehen unsere bisherigen Qualifizierungsmaßnahmen völlig vorbei! Sie beginnen wahrscheinlich auf einem zu hohen Niveau. Es ist nun mal nicht jeder zur qualifizierten Fachkraft geboren.

Diese Menschen, die ohne berufliche Bildung, aber mit Sorgfalt und Zuverlässigkeit sich wiederholende

Tätigkeiten ausüben könnten, die brauchen wir auch! Diese sogenannten Einfacharbeitsplätze, die sind keineswegs vom Markt verschwunden, nur weil wir ein Wissenschaftsstandort geworden sind. Schauen Sie mal, wie das bei unseren befragten Unternehmen aussieht:

Mehr als ein Drittel unserer Unternehmen bietet solche Einfacharbeitsplätze an.

Wir reden hier also nicht von einem Nischenthema.

Aber – jetzt kommt das dicke Aber: Auch diese Einfacharbeitsplätze entwickeln ein steigendes technologisches Niveau. Und dafür sind gezielte spezifische Anlern- und Weiterbildungsprogramme notwendig, die wir bisher nicht hatten, weil die Notwendigkeit nicht erkannt war. Aber jetzt wissen wir das. Und jetzt wird die IHK dazu schnellstens ganz neue passgenaue Konzepte entwickeln. Das können wir als IHK natürlich nur denjenigen bieten, die einen solchen Arbeitsplatz haben. Das heißt, wir werden hier vorbeugend gegen Arbeitslosigkeit tätig. Aber wir werden auch gleichzeitig mit der Arge und dem

Jobcenter darüber reden, dass solche Qualifizierungen auch für Langzeitarbeitslose möglich werden. Denn das halte ich für eine reale Chance, die Vermittlungszahlen zu erhöhen.

Das Wichtigste ist: Die Quote muss runter, der negative Spitzenplatz muss weg! Das liegt mir persönlich sehr am Herzen.

Ich hoffe nur, dass uns bei diesem wichtigen Anliegen der Mindestlohn keinen Strich durch die Rechnung macht. Ich kann das Argument, dass der soziale Frieden und die Würde der Arbeit gewahrt bleiben müssen, durchaus nachvollziehen. Aber die Gefahr, auf diese Weise Arbeitsplätze zugunsten der Schwarzarbeit zu verlieren, ist ja nicht vom Tisch zu wischen. Und ein Verbot sittenwidriger Löhne gibt es doch heute schon. Wir müssten nur gegen diese schwarzen Schafe, die sich rechtswidrig verhalten, vorgehen! Ich glaube aber, hier wollte man der Opposition das letzte große Wahlkampf-Thema wegnehmen! Da die Entscheidung nun glücklicherweise in den Händen der Tarifparteien

bleiben soll, setze ich zumindest darauf, dass der Schaden nicht größer wird als der vermeintliche Nutzen.

In der Bildung und Ausbildung der jungen Menschen sind wir schon gut, können aber noch besser werden. Künftig müssen wir nicht mehr bei den Unternehmen um Ausbildungsplätze werben, sondern an den Schulen um Auszubildende. Vorausschauende Unternehmen pflegen Schulpartnerschaften. Als IHK motivieren wir seit längerer Zeit die Schulen, mehr Wirtschaftswissen zu vermitteln, und im Frühjahr werden wir unseren ersten Wirtschaftspreis für Schulen verleihen. Ich freue mich schon auf die guten Ideen und auf die Preisträger.

Und ich freue mich, dass unsere Technische Universität unsere Anregung aufgenommen hat, und das Thema Wirtschaft jetzt auch stärker in die Lehrerausbildung einfließen lässt. Aktive Teilnahme in unserer Gesellschaft können wir nur erwarten, wenn wir den jungen Menschen zumindest die wichtigsten ökonomischen Zusammenhänge erklären.

Obwohl wir ja zugeben müssen, dass wir manches inzwischen selbst kaum noch verstehen! – Ich verstehe zum Beispiel nicht, dass die Steuerquellen immer munterer sprudeln, die Schulden aber wachsen und viele unserer Städte mit Nothaushalten arbeiten müssen, weil ihnen das Wasser bis zum Hals steht.

Das Steueraufkommen ist im Allzeit-Hoch! Bund und Länder haben dieses Jahr fast 10 Prozent mehr Steuereinnahmen erzielt als 2010. In NRW sind die geschätzten Mehreinnahmen für das ganze Jahr schon im September übertroffen worden!

Angesichts dieser überaus komfortablen Einnahmesituation soll es nun eine Mini-Steuersenkung geben. Was ist davon zu halten? Ich sage es mal so: Mit dem Stichwort „Ausstieg aus der kalten Progression“ ist eine geschickte Verpackung gelungen. Aber der Inhalt ist ein Witz. Es ist ja gar keine Entlastung. Vielleicht wäre es im Augenblick dann sogar besser, die 6 Mrd. für den Schuldenabbau zu verwenden und dann in soliden Zeiten die kalte Progression ernsthaft zu beseitigen, in einer wirklich spürbaren Größenordnung.

Zu den sprudelnden Einnahmequellen passt auch ganz und gar nicht, dass wir an vielen Schulen mit Ganztagsunterricht unseren Kindern keine warme Mahlzeit bieten können, weil es keine Mensa gibt. Von allen anderen Defiziten in unserem Bildungssystem mal ganz zu schweigen. Das ist eine Schande in einem Hochsteuerland! Und das sind wir: Selbst wenn die Mehrheit der Grünen meint, die Steuern seien noch nicht hoch genug.

Und jetzt sagt das auch die SPD – und unsere Ministerpräsidentin Frau Kraft -, die mit der Steuereinnehmenschraube vor allem die Unternehmer noch viel stärker belasten möchte. Altkanzler Schröder widerspricht glücklicherweise.

Ich möchte es noch einmal deutlich sagen: Wir haben kein Einnahmenproblem, wir haben ein Ausgabenproblem!

Es gibt auch ganz andere Beispiele, die nachdenklich machen. Zum Beispiel bei meinem letzten Besuch in Leipzig. Das war ein Aha-Erlebnis: Wenn man sieht, in welcher geradezu prunkvoller Weise diese zweifellos

schöne Stadt renoviert worden ist, und wenn man sieht, in welchem einem perfekten Zustand sich dort fast alle Straßen befinden, und wenn ich mir dann vor Augen führe, dass wir an unserem Dortmunder U noch nicht einmal die kaputten Glasscheiben ersetzen können, weil kein Geld da ist - dann müssen wir ernsthaft überprüfen, ob unsere Ausgaben wirklich noch richtig gesteuert sind!

Offensichtlich war das U schöngerechnet, das wissen wir ja schon in Dortmund, aber deshalb dürfen wir es doch jetzt nicht verkommen lassen, ehe es überhaupt fertig ist! Es ist eine der ganz wenigen Landmarken, die wir haben. Ein unverwechselbares Symbol unserer Stadt. Noch heute weinen wir doch unserem abgerissenen alten Rathaus nach. Das U haben wir nun teuer gerettet – und es wird auch teuer bleiben, wie wir letzte Woche erfahren haben. Trotzdem: wir haben es jetzt und wir sollten aufhören, an der Entscheidung herumzukritisieren und es endlich sauber fertigstellen! Und wenn dann noch das Parkplatzproblem gelöst wird, dann haben auch viel mehr Besucher die Chance, sich an dem U zu erfreuen. Denn eigentlich ist es ja eine große Bereicherung für unsere Stadt.

Das Stichwort erfreuen, das möchte ich jetzt gerne noch ein wenig weiterspinnen. In diesem Jahr, in dem soviel passiert ist, da hat sich auch in unserer Region vieles bewegt, das uns erfreut. Es gibt einige neue Glanzlichter!

In Dortmund haben wir jetzt eine wirklich großstädtische, in jeder Hinsicht vorzeigbare und weit ausstrahlende Shopping-Mall. So kann man sie wirklich nennen, die schicke Thier-Galerie. Ich habe die gesamte Innenstadt bis hin zum Ostenhellweg außerhalb der Vorweihnachtszeit noch nie so proppenvoll erlebt wie an den Wochenenden seit der Eröffnung. In den ersten sechs Wochen zählte das Center schon 2 Mio. Besucher. Und die füllten auch die ganze City! Der Handel profitiert. Die Rechnung ist wohl aufgegangen.

Und auch die umliegenden starken Mittelzentren sind attraktiver geworden: In Hamm wird das Bahnhofsquartier um das neue Heinrich-von-Kleist-Forum städtebaulich aufgewertet und ebenso das ehemalige Gelände der Kaufhalle. Die neue Fachhochschule Hamm-Lippstadt wächst weiter. Zum

Wintersemester wurde die Zahl von 1.000 eingeschriebenen Studierenden schon überschritten. Lünen gestaltet seine Fußgängerzone neu und in Werne wurde die neue Fußgängerzone gerade eröffnet.

In Unna zeichnet sich auf dem Gelände Mühle-Bremme eine große Handelsinvestition ab und die Massener Straße hat sich durch private Investitionen zu einem Vorzeigeprojekt entwickelt. Auch Schwerte hat einen neuen Nahversorgungsschwerpunkt auf dem ehemaligen Gelände Röttger Rath.

Die Stadtentwicklung geht weiter voran und auch das Zusammenspiel von Wissenschaft und Wirtschaft, das die Triebfeder für die Entwicklung unserer Region ist, funktioniert immer besser: Im Oktober sind wir als besonders erfolgreicher Innovationsstandort ausgezeichnet worden von der Initiative „Land der Ideen“ unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten.

Im Wissenstransfer werden wir langsam Meister. Wir wissen ja jetzt wieder, wie das geht – Meister werden.

Und wir haben es würdig gefeiert – und ausgiebig genossen. Wir erinnern uns ja alle gern an diese überaus emotionalen Momente, als diese junge Mannschaft mit der Meisterschale durch die Stadt fuhr und die ganze Region jubelte. Diese Meisterschale hat uns gut getan. – Und wir sollten sie ruhig noch ein Jahr behalten. Sie ist für unsere Region wie ein Geschenk.

Und über Geschenke freuen wir uns ja alle. Morgen ist Nikolaustag. Darf man auch am Tag vorher schon Geschenke verteilen? Darf man? Wirklich? Na gut! Ich hab Ihnen, meine Damen und Herren, wieder etwas mitgebracht. Vielleicht haben Sie es schon erwartet. Es ist aber trotzdem eine Überraschung! Also klatschen Sie jetzt nicht zu früh!

Wir werden den Beitragssatz, der jetzt 0,25 beträgt, zum sechsten Mal in Folge wieder senken. Noch nicht klatschen! Wir haben durch Sparsamkeit bei zumindest gleich guter Leistung und durch Nachveranlagungen Mehreinnahmen erzielt, die wir an Sie alle wieder zurückgeben. Deshalb senken wir den Beitragssatz

gleich für zwei Jahre, und zwar für 2011 rückwirkend und auch für 2012. Bitte immer noch nicht klatschen!

2012 sinkt der Beitrag von jetzt 0,25 auf 0,23 und für 2011 soll es richtig spürbar sein. Da senken wir einmalig rückwirkend auf 0,20. So, und jetzt dürfen Sie klatschen!

Zum guten Schluss, meine Damen und Herren, besinnen wir uns noch mal auf unsere Stärken: Letztes Jahr waren wir XXL-Meister in der Krisenbewältigung, dieses Jahr sind wir Deutscher Meister im Fußball. Da kann man im Gefühlsüberschwang als ballverrückter Dortmunder auch schon mal auf die Idee kommen, einen Steilpass in den Himmel zu schießen. 45 Meter hoch. Bis auf die Weihnachtsbaumspitze.

Hätte aber nicht jedem gefallen. Der Ball scheiterte an einer geschlossenen Abwehr-Mauer, und die rief: Wir wollen unseren Engel behalten! Und damit war nicht Jürgen Klopp gemeint. – Den wollen wir auch behalten. Aber der hat ja noch keinen Heiligenschein. Noch nicht. Die Saison ist ja auch noch nicht zu Ende.

Aber eines ist jetzt schon klar: Wir, meine Damen und Herren, wir werden diese Euro-Krisen-Saison meistern. Mit Tatkraft, Zuversicht und Selbstvertrauen. Darin sind wir geübt. Und dann haben wir schon mal einen Meister.

Und alles Weitere vertrauen wir einfach mal unserem Engel an. Ich meine jetzt den mit Heiligenschein. Glücklicherweise schwebt er mit seinem Segen doch jetzt wieder über uns allen!

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend!